A n n e x e s

A n h a n g

au procès-verbal n° 05

du 16 mai 2013

zum Stadtratsprotokoll Nr. 05

vom 16. Mai 2013

Annexe n° 1

Beantwortung

der überparteilichen dringlichen Motion 20120400, Alain Pichard, GLP, Sparmassnahmen im Bereich Schulverlegungen (Skilager, Landschulwochen, Schulreisen) und Schulprojekten aussetzen

---

Die Motion verlangt vom Gemeinderat, dass er für das Jahr 2013 die Beiträge an Skilager und Projekte für die Bieler Schulen im Rahmen des Vorjahres 2012 garantiert. Das Anliegen wird damit begründet, dass Kürzungen der Sachmittel der Schulen grundsätzlich problematisch sind, und dass die Lehrkräfte bereits vor Bekanntgabe der Einsparungen die Budgets geplant und die Verträge für Lager und Projekte unterschrieben haben. Die pädagogische wichtigen Aktivitäten würden die Integration unterstützen.

Der Stadtrat hat im Oktober 2012 mit Verabschiedung des Budgets 2013 die Einsparungen beim Sachaufwand beschlossen. Dieser Entscheid, der durch das Stimmvolk bestätigt worden ist, kann nicht durch eine Motion desselben Rates umgestossen werden. Der Stadtrat bzw. die Stimmbevölkerung sind zum Entscheid über Ausgaben im Rahmen des Spezifikationsgrades des Voranschlags zuständig. Im Voranschlag der Stadt Biel wird der Sachaufwand pro Verwaltungseinheit und insbesondere bei den Schulen global budgetiert. Die einzelnen Posten wie Lehrmittel, Schulverlegungen oder Material werden im Voranschlag nicht ausgewiesen und können deshalb auch nicht vom Stadtrat bzw. von der Bevölkerung direkt bestimmt werden. Vielmehr ist der Gemeinderat im Rahmen seiner generellen Vollzugskompetenz zuständig für den Beschluss über die Verwendung der Sachmittel im Einzelfall. Er hat diese Kompetenz bezüglich der Voranschlagskredite indessen an die Direktionen delegiert. Zusätzliche Mittel für den Sachaufwand können während des laufenden Jahres entweder von einem anderen Konto oder über einen Nachkredit beschafft werden. Die Kompetenz dazu liegt beim Gemeinderat, der Stadtrat kann nicht mittels Vorstoss einen Nachkredit beantragen. Das Begehren ist aus den genannten Gründen nicht motionsfähig und kann nur in der Form eines Postulats an den Gemeinderat gerichtet werden.

Der Gemeinderat teilt die Ansicht, dass ausserschulische Aktivitäten und Projekte einen wichtigen Beitrag zu einem guten Schulklima leisten, das für die Erfüllung des Kernauftrags der Schule entscheidend ist. Sie bieten verschiedene Möglichkeiten zur Förderung von Selbst- und Sozialkompetenz der Schülerinnen und Schüler und ihrer Integration.

In Anbetracht der schwierigen finanziellen Situation der Stadt Biel hat der Gemeinderat im August 2012 bei der Vorbereitung des Budgets 2013 den Sachaufwand auf den Stand der Rechnung 2010 fixiert und in allen Direktionen lineare Kürzungen vorgenommen, um den Forderungen des Stadtrates nach Einsparungen nachzukommen. Im Bereich der Schulen waren davon zum Einen die zentrale Administration und zum anderen in den Schulen die Unterrichtsmaterialien und die Schulaktivitäten wie Lager und Projekte betroffen, wobei bei den Unterrichtsmaterialien aufgrund der kantonalen Vorgaben nur beschränkt Einsparungen möglich sind.

Seit 2010 verfügen die Bieler Schulen innerhalb der kantonalen und städtischen Vorgaben über eine weitgehende Autonomie beim Einsatz der ihnen zur Verfügung gestellten Mittel für Material und für Aktivitäten. Das heisst, die Schulen erhalten einen jährlichen Gesamtbetrag, mit dem sie die anfallenden Kosten decken müssen. Infolge der Einsparungen ist dieser Betrag gekürzt worden, und aufgrund der Rahmenbedingungen stehen den Schulleitungen we-

sentlich weniger Geld für die Schulaktivitäten zur Verfügung. Insgesamt wurden die Mittel um CHF 440'000.– gekürzt.

Infolge der Kürzungen hat die zuständige Direktion den Schulleitungen mitgeteilt, dass im Verlaufe des Jahres 2013 die Kosten für die Unterrichtsmaterialien überprüft werden genauso wie die Liste der Schulaktivitäten. Dies war im Budgetprozess 2012 kurzfristig nicht möglich. Bezüglich den Aktivitäten und Lagern soll geprüft werden, von wem die Lager besucht werden und inwieweit sie die Integration unterstützen. Zudem weist die Kontenaufteilung im Profitcenter 424 (Schulen) die einzelnen Beträge nicht aus. Auf das Budget 2014 soll deshalb eine Überarbeitung der Kontenaufteilung angestrebt werden, um mehr Transparenz über die verschiedenen Kostenarten der Schulen zu schaffen.

Der Gemeinderat verweist darauf, dass der Stadtrat in der Budgetdebatte im Oktober 2012 Sparmassnahmen gefordert hat, und dass er nun Mehrausgaben ohne Kompensation fordert entgegen diesem Sparauftrag. Der Gemeinderat ist jedoch bereit, die Situation der Schulen im Verlaufe des Jahres erneut zu prüfen, falls gesetzliche und vertragliche Verpflichtungen nicht erfüllt werden können.

Der Gemeinderat beantragt aus den oben genannten Gründen dem Stadtrat, die dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Biel, 6. Februar 2013

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:	Die Stadtschreiberin:
Erich Fehr	Barbara Labbé

Beilage(n):
- Kopie des Vorstosses

Vorstoss Nr./Interv. no: 170400
Termin GR/Délai CM: 6.2.2013
Direktion/Direction: BKS
Mitbericht/Corapport: FID

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Dringliche überparteiliche Motion

Sparmassnahmen im Bereich Schulverlegungen (Skilager, Landschulwochen, Schulreisen) und Schulprojekten aussetzen

Der Gemeinderat garantiert für das Jahr 2013 die Beiträge an Skilager und Schulverlegungen für die Bieler Schulen im Rahmen des Vorjahres 2012.

Begründung:
Die einschneidenden Sparmassnahmen im Sachaufwand sind grundsätzlich problematisch. Inakzeptabel sind sie aber, wenn die Spielregeln im laufenden Spiel geändert werden. Die Verträge und Budgetplanungen aller Skilager und vieler Schulverlegungen und Schulprojekten wurden von den verantwortlichen Lehrkräften in den Bieler Schulen bereits vor der Bekanntgabe der Einsparungen unterschrieben und geplant. Skilager, Schulverlegungen und Schulprojekte sind wichtige pädagogische Einrichtungen. Sie unterstützen unter anderem die Integration. Die Bieler Schulen sind in dieser eh schon schwierigen Zeit auf einen verlässlichen Partner angewiesen.
Deshalb müssen alle Möglichkeiten ausgelotet werden, die Beiträge für das Jahr 2013 im gleichen Umfang zu gewähren wie im Vorjahr.

Donnerstag, den 20. Dezember 2012

GLP

SP

Grüne

Forum

SVP

Annexe n°2

Beantwortung

der Motion 20120256, Peter Moser, FDP, Stefan Kaufmann, FDP, Pierre-Yves Grivel, PRL, "Eröffnung Ost-Ast A5-Umfahrung Biel: flankierende Massnahmen zur Kapazitätserhöhung auf dem „West-Ast"

Die Motionäre fordern Massnahmen zur Kapazitätserhöhung auf der Verkehrsachse zwischen dem Kreisel Seevorstadt und dem Autobahnanschluss Brüggmoos, damit der Verkehrsfluss nach der Eröffnung des Ost-Astes der Autobahnumfahrung und bis zur vollständigen Eröffnung der A5 gewährleistet ist. Auf der Nordachse der Stadt Biel und auf der Verbindungsstrecke zwischen Seefels-Kreisel und Guido-Müller-Platz staut sich der Verkehr chronisch oder verläuft höchstens zähflüssig. Die Eröffnung des Ost-Astes der Umfahrungsautobahn A5 wird voraussichtlich zu einer Verkehrsverminderung auf der Nordachse führen. Hingegen wird der Verkehr auf dem Abschnitt zwischen Seefels-Kreisel, Guido-Müller-Platz und dem Anschluss Brüggmoos zunehmen. Diese Strecke muss zwischen dem J.-J-Rousseau-Platz und dem Guido-Müller-Platz neben den bestehenden Buslinien noch den Verkehr aus dem Stadtzentrum sowie in Richtung Nidau und rechtes Bielerseeufer aufnehmen. Damit der Verkehr auf diesem Abschnitt mit Rückstaus bis zur Neuenburgstrasse in Biel-Vingelz und bis ins Zentrum Nidau nicht vollständig zum Erliegen kommt, muss die Schaltung der Lichtsignale angepasst und die Kapazität der Strasse vorübergehend bis zur Eröffnung des West-Astes erhöht werden. Die Frequenzsteigerung der ASm-Linien wird ebenfalls auf der Höhe der Keltenstrasse zu Staus auf der Bernstrasse führen. Diese Achse wäre deshalb zwischen J.J.-Rousseau-Platz und Bernstrasse provisorisch auf vier Spuren zu erweitern.

Im Rahmen der Ausführungsprojekte plant die zuständige kantonale Behörde in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden die provisorischen Streckenführungen und Umleitungen im Zusammenhang mit den Baustellen für die A5. Die zur Eröffnung des Ost-Astes zeitlich parallele Führung der Baustelle für den Westast bedingt die Planung der Transitstrecken für den Strassenverkehr im westlichen Teil der Agglomeration Biel.

Um die voraussehbaren Engpässe während des Baus des West-Astes bis zu dessen Inbetriebnahme aufzufangen, verfolgt die zuständige kantonale Behörde in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden die folgende Gesamtstrategie, die sich auf den öffentlichen Verkehr abstützt:

- Der motorisierte Individualverkehr wird nach Möglichkeit auf den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr verlagert (entsprechend den Zielsetzungen des Agglomerationsprogrammes);
- Einzelne flankierende Massnahmen zum Ost-Ast, welche den Verkehr auf der Bernstrasse und dem Abschnitt zwischen Seefels-Kreisel und Guido-Müller-Platz erhöhen würden, werden aufgeschoben;
- Die Verkehrsregelung sowie gezielte Kapazitätsanpassungen erfolgen auf dem Guido-Müller-Platz entsprechend dem Verlauf der Bauarbeiten an der A5 und je nach Entwicklung der Lage.

Der Kanton lehnt hingegen eine Verdoppelung der Fahrbahnen aus Kostengründen und aus Gründen der Machbarkeit und Wirksamkeit im Verhältnis zum anvisierten Ziel ab.

Zurzeit arbeitet das kantonale Tiefbauamt an Lösungen zur Gewährleistung der Kapazität der Kreuzung am Guido-Müller-Platz für die Zwischenphase (Bau des West-Astes, Ost-Ast bereits in Betrieb). Das Tiefbauamt hält dazu folgendes fest:

- Auf der Höhe des Guido-Müller-Platzes besteht bereits ein Umfahrungsweg für den Verkehr aus Nidau in Richtung Bern;
- In den kommenden Jahren ist auf der ASm-Linie Biel-Täuffelen-Ins auch zu den Hauptverkehrszeiten keine Frequenzerhöhung geplant. Die Barrieren der Niveauübergänge erschweren die Lage gegenüber heute demnach nicht;
- Mit der Umsetzung der erwähnten Massnahmen sollte sich nach der Inbetriebnahme des Ost-Astes die Verkehrssituation am Guido-Müller-Platz gegenüber heute nicht wesentlich verschärfen.

Wenngleich der Kanton Bern für das Dossier federführend ist und man sich der Argumentation des kantonalen Tiefbauamtes anschliessen kann, kommt für den Gemeinderat der Gewährleistung von funktionierenden Routen für den Transit- und den Ziel- und Quellverkehr bis zur vollständigen Eröffnung der Umfahrungsautobahn grösste Bedeutung zu. Die zuständigen kantonalen Stellen und Mitglieder der Begleitgruppe A5 sorgen in Zusammenarbeit mit dem Kanton und den übrigen betroffenen Gemeinden dafür, dass die nötigen Massnahmen geplant und umgesetzt werden, damit die Lage weiterhin erträglich bleibt. Im Vergleich zur heutigen Situation wäre es jedoch angesichts der Baustellen, die zur Umsetzung der verkehrlichen flankierenden Massnahmen A5 für den Ost-Ast auf dem lokalen Strassennetz entstehen, illusorisch, während der Bauphase des West-Astes einen besseren Verkehrsfluss zu erwarten, selbst wenn einzelne Massnahmen zeitlich hinausgeschoben werden. Im Vergleich zur Situation auf den Verkehrsachsen um grosse Agglomerationen wie zum Beispiel Zürich oder Bern ist die heutige Lage auf dem Bieler Strassennetz erträglich und sollte auch erträglich bleiben.

Im Rahmen der Behandlung des gleich lautenden Vorstosses im Grossen Rat haben die Motionäre den Punkt 2 ihres Vorstosses zurück gezogen und betreffend die Punkte 1 und 3 der Umwandlung in ein Postulat zugestimmt. In dieser Form wurde der Vorstoss im Kantonsparlament mit grosser Mehrheit überwiesen. Auch der Gemeinderat ist aus grundsätzlichen und finanziellen Überlegungen gegen die Realisierung eines vierspurigen Strassenprovisoriums zwischen Rousseau-Platz und Bernstrasse und empfiehlt daher dem Stadtrat, Punkt 2 der Motion abzulehnen. Die Punkte 1 und 3 können nach Ansicht des Gemeinderates analog zum Grossen Rat als Prüfungsauftrag in Postulatsform entgegen genommen werden und da die entsprechenden Planungen bereits angelaufen sind resp. die entsprechenden Koordinationsgremien existieren, kann der Vorstoss gleichzeitig abgeschrieben werden.

Angesichts der vorstehenden Ausführungen und der Entscheidung des Kantons wird beantragt, die vorliegende Motion 20120256 in ein Postulat umzuwandeln und dieses erheblich zu erklären, die Punkte 1 und 3 als erledigt abzuschreiben und Punkt 2 der Motion abzulehnen.

Biel, 20. Februar 2013

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident: Die Stadtschreiberin:

Erich Fehr Barbara Labbé

Beilage: Motion 20120256 5

Vorstoss Nr./Interv. no: 120256
Termin GR/Délai CM: 23.11.12
Direktion/Direction: BAU
Mitbericht/Corapport:

Stadtkanzlei/Chancellerie municipa

Moser Peter (FDP)
Kaufmann Stefan (FDP)
Grivel Pierre-Yves (PRL)

Motion

Eröffnung Ostast A5-Umfahrung Biel: flankierende Massnahmen zur Kapazitätserhöhung auf dem „Westast"

Der Gemeinderat wird aufgefordert,

1. **zusammen mit dem Kanton Bern und der Stadt Nidau alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen oder anzuordnen, damit nach der Eröffnung des Ostastes A5 (geplant für 2016) die Verkehrskapazitäten auf der Achse zwischen Seefelskreisel in Biel und dem Anschlusswerk Brüggmoos erhöht werden können,**
2. **so unter anderem eine 4-spurige (provisorische) Verkehrsführung zwischen Rousseauplatz und Bernstrasse zu realisieren**
3. **eventuell einzelne Massnahmen vorzuziehen, damit die Kapazitäten (zB Guido-Müller-Platz als Drehscheibe) erhöht und die heute schon chronisch verstopfte Verbindung entlastet werden können.**

Begründung: Sowohl die Nordachse in der Stadt Biel wie auch die Verbindung zwischen Seefelskreisel und Salzhauskreuzung sind heute chronisch überlastet. Zu gewissen Zeiten heisst es „rien ne va plus". Mit der Inbetriebnahme des Ostastes der Autobahnumfahrung A5 von Biel ist für die Nordachse (über die Mühlebrücke) eine Verkehrsabnahme zu erwarten). Auf der andern Seite wird es auf der Achse Seefelskreisel über Salzhauskreuzung bis zum Autobahnanschluss Brügg durch eine neue Verkehrslenkung einen (gewünschten) Mehrverkehr geben. Damit diese Achse, die zwischen Rousseauplatz und Salzhausplatz noch den "querenden" Verkehr aus dem Stadtzentrum in Richtung Nidau und rechtes Bielerseeufer aufnimmt (inklusive öV-Achsen PostAuto Biel – Aarberg und Biel – Jens und VB Biel - Nidau) nicht ständig durch Verkehrsüberlastung blockiert ist (mit Rückstau u.a. auf die Neuenburgstrasse in Biel-Vingelz und ins Stadtzentrum von Nidau), müssen die Lichtsignalanlagen angepasst und die Kapazitäten auf der Strasse (temporär – bis zur Eröffnung des Westastes) erhöht werden. Eine weiterer Engpass wird infolge Takt-Erhöhungen der ASm (Biel-Täuffelen–Ins Bahn) die Bernstrasse (auf Höhe Keltenstrasse) sein – die Barriere wird auf dieser Hauptverkehrsachse zukünftig mehr zu als offen sein. Als provisorische (und vorläufige Massnahme) muss auf dem Abschnitt Rousseau-Platz (Continental) bis zur Bernstrasse (Höhe Garage Paoluzzo) eine 4-spurige Verkehrsführung geprüft werden.

Die Kapazitätserhöhung muss bei der Eröffnung des Ostastes vollzogen sein, sonst können die verkehrlich flankierenden Massnahmen (vfM) auf der Nordachse nicht realisiert werden. Und wenn beide Massnahmen nicht greifen, dann macht die Autobahnumfahrung keinen Sinn! Ohne Kapazitätserhöhung auf dem Guido-Müller-Platz riskiert zudem Nidau (und damit das rechte Bielerseeufer) in Hauptverkehrszeiten von Biel abgetrennt zu werden (sowohl öV als auch MIV). --- Die Eröffnung des Westastes ist frühestens für 2030 vorgesehen – also frühestens in 18 Jahren! So lange wollen und können wir nicht warten!

Eine gleichlautende Motion wurde am 13. Juni 2012 im Grossen Rat und eine weitere (mit gleichem Ziel) wurde am 21. Juni 2012 von Martin Fuhrer (FDP) im Stadtrat Nidau eingereicht.

Biel, 27. Juni 2012

Peter Moser | Stefan Kaufmann | Pierre-Yves Grivel

6

Beantwortung

Annexe n° 3

des dringlichen Postulates 20120369, Peter Moser, Stefan Kaufmann, FDP, "Regiotram: Erstreckung des Fahrplanes"

Das dringliche Postulat fordert den Gemeinderat auf:

- bei der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern eine Erstreckung des Terminplans für die Planung, den Bau und die Einführung des Regiotrams zu verlangen, und
- die vorgesehene städtische Abstimmung zu verschieben.

Das Regiotram ist ein Schlüsselprojekt des Agglomerationsprogrammes Biel. Mit der Verlängerung der heutigen Regionalbahn Ins-Täuffelen-Biel über den Bahnhof hinaus ins Stadtzentrum und zu den Entwicklungsgebieten Gurzelen und Bözingenfeld soll eine neue starke und attraktive öV-Achse als Grundlage für ein nachhaltiges Verkehrssystem geschaffen werden.

Mit dem seit Ende 2011 vorliegenden Vorprojekt konnte nachgewiesen werden, dass das Tram wirtschaftlich ist, einen wesentlichen Anteil des zusätzlich zu erwartenden Mehrverkehrs aufnehmen wird und zu einer deutlichen Nachfragesteigerung beim öffentlichen Verkehr führen wird.

Vorgesehen war, dass die Bevölkerung von Biel und Nidau im Frühjahr 2013 darüber abstimmen kann, ob sie der neuen Tramlinie und den damit verbundenen städtebaulichen Aufwertungen zustimmen will. Im Fall eines Ja, war der Baubeginn für 2016 vorgesehen.

In einer Medienmitteilung vom 21. Dezember 2012 informiert die Kantonale Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion darüber, dass die zuständige Behördendelegation den Terminplan überprüft hat. Sie ist zum Schluss gekommen, dass eine Verschiebung der geplanten Volksabstimmungen und damit auch des Baubeginns um rund zwei Jahre Vorteile bietet. Mit der Terminverschiebung kann der Bau der neuen Tramlinie besser mit der A5-Umfahrung von Biel und mit den damit zusammenhängenden flankierenden Massnahmen koordiniert werden.

Gemäss dem neuen Zeitplan werden nun die Städte Biel und Nidau die Volksabstimmungen zum Bauprojektierungskredit im 2014 durchführen. Stimmt die Bevölkerung dem Projekt zu, wird anschliessend das Bauprojekt ausgearbeitet. Der Baubeginn ist für Anfang 2018 vorgesehen. Damit sind die Bedingungen des Bundes für eine Mitfinanzierung aus der nächsten Tranche des Infrastrukturfonds nach wie vor erfüllt.

Aus den genannten Gründen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das dringliche Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Biel, 9. Januar 2013

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident: Die Stadtschreiberin:

Erich Fehr Barbara Labbé

Beilage:
- dringliches Postulat 20120369

7

Vorstoss Nr./Interv. no: 120369
Termin GR/Délai CM: 9.1.13
Direktion/Direction: PRA
Mitbericht/Corapport:

Peter Moser (FDP)
Stefan Kaufmann (FDP)

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Dringliches Postulat

Regiotram: Erstreckung des Fahrplanes

Der Gemeinderat wird gebeten,

- **bei der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons eine Erstreckung des Terminplans für die Planung, den Bau und die Einführung des Regiotrams zu verlangen, und**
- **die vorgesehene Städtische Abstimmung zu verschieben.**

Begründung

Angesichts der prekären Finanzlage der öffentlichen Hand auf kantonaler und kommunaler Ebene gilt es Prioritäten zu setzen. Das Projekt „Regiotram Biel" ist ein visionäres Vorhaben, welches aber angesichts der heutigen Rahmenbedingungen (Finanzen, Passagierentwicklungen usw.) nicht zu den obersten Prioritäten gehört. Eine Verschiebung um beispielsweise vier Jahre gefährdet das Projekt nicht grundsätzlich. Im Gegenteil, es erhöht die Chancen, die notwendigen Abstimmungen (auf jeder Stufe) zu gewinnen.

Die Industrie im Bözingenfeld wächst und schafft erfreulicherweise dauernd neue Arbeitsplätze. Dies hat eine höhere Mobilität der Personen zur Folge. Im Stadtzentrum und in den Gemeinden am rechten Bielerseeufer steht in Zukunft am meisten Wohnraum bereit. Der Arbeitsweg zwischen diesen beiden Polen sollte aus verschiedenen Gründen nicht mit dem Auto zurückgelegt werden (die Strassen sind heute schon hoffnungslos verstopft – die Eröffnung des A5-Ostastes im 2016 gibt nur eine temporäre Entlastung). Die öV-Transportmittel sind heute schon nicht attraktiv (Fahrzeit, keine umsteigefreie Verbindung vom und zum rechten Seeufer, usw.) und werden mittelfristig auch kapazitätsmässig ans Limit kommen. Das Regiotram ist erklärtermassen dasjenige Transportmittel, welches in naher Zukunft die Transportbedürfnisse am besten lösen könnte. Da nun voraussichtlich der Vollanschluss Orpund der A5 realisiert werden kann, nimmt der Druck ab und dürfte sich der Zeitpunkt der unbedingten Notwendigkeit des Regiotrams nochmals etwas nach hinten verschieben, da so verschiedene Verkehrsströme auf dem innerstädtischen Strassennetz in Mett wegfallen werden.

Die (noch) offenen Fragen zu den Stadien, zum Bahnhofplatz, zum Westast der A5-Umfahrung Biel, zum Bau des Campus der BFH auf dem Masterplangebiet westlich des Bahnhofs und dem Zukunftsprojekt AGGLOlac riskieren zur Fallgrube für das sinnvolle Projekt Regiotram zu werden. Zudem muss die aus Sicht von Aussenstehenden schwer begreifliche Querung (oder gar Umfahrung) des Bahnhofs Biel überprüft werden (vielleicht muss sogar die seinerzeit verworfene Idee der Einführung über die Verresius-Strasse – parallel zum A5-Anschluss – aus der Versenkung geholt werden); dies umso mehr, als Nidau die Stedtli-Querung ablehnt und ein "Umweg" über den Walser-Platz und die Aarbergstrasse zum Bahnhofplatz so keinen Sinn mehr macht.

Die „zeitliche Erstreckung" des Terminplanes hat die Vorgaben des Bundes zu berücksichtigen. Der Zeitgewinn soll genutzt werden, um die noch offenen Fragen vertieft anzugehen. Die Zeit kann und muss auch genutzt werden, um die Vorteile dieses Zukunftsprojektes der Bevölkerung zu vermitteln und um Kostenoptimierungen zu finden.

Begründung der Dringlichkeit: Die Antwort hat einen unmittelbaren Einfluss auf den aktuellen Zeitplan des Gemeinderates (Februar = Gemeinderat, April = Stadtrat, Juni = Volksabstimmung)

Biel, 21. November 2012

Peter Moser Stefan Kaufmann

E 23. NOV. 2012
Baudirektion
Dir
DS
RD PB
Sekr
Hba
Inf
X Stp

Frist: 20.12.2012

Annexe n°4

Beantwortung

des Postulates 20120310, Nathan Güntensperger, GLP, "Benutzerfreundlichere Öffnungszeiten der Verwaltung"

Das Postulat fordert den Gemeinderat auf, mit Blick auf die Arbeitszeiten der Bürgerinnen und Bürger der Stadt wo nötig die Öffnungszeiten von Verwaltungsstellen zu flexibilisieren und anzupassen.

Generell ist der Gemeinderat der Ansicht, dass die Dienstleistungen der Verwaltung jeweils den geänderten Bedürfnissen der Gesellschaft anzupassen sind. Dies betrifft bei sich verändernden Lebensgewohnheiten auch die Öffnungszeiten von Verwaltungsstellen. Es liegen dem Gemeinderat seitens der Einwohnerinnen und Einwohner aber äusserst wenige Rückmeldungen vor, wonach es sich bei den aktuellen Öffnungszeiten um ein grösseres Problem handeln könnte. Zudem kann bereits heute beispielsweise jede Bürgerin und jeder Bürger, welche (r) während den Bürozeiten der Dienststelle Bevölkerung keine Möglichkeit hat einen Schalter aufzusuchen, mit der Dienststelle einen Termin ausserhalb der ordentlichen Öffnungszeiten vereinbaren. Der Gemeinderat sieht deshalb auch keinen dringenden Handlungsbedarf, geht aber gerne auf insbesondere zwei im Vorstoss erwähnte Aspekte der Thematik ein.

Der Gemeinderat steht der elektronischen Abwicklung von Schaltergeschäften positiv gegenüber und unterstützt entsprechende Umstellungen dort, wo mit verhältnismässigen Kosten ein Effizienzgewinn und eine Steigerung der Kundenfreundlichkeit erzielt werden kann. Bereits heute können viele Dienstleistungen der Abteilung Bevölkerung auf elektronischem Weg bezogen werden. Allerdings gibt es die Möglichkeit der Online-Bezahlung noch nicht, diese wird aber seit Kurzem von den zuständigen Stellen geprüft. Die Möglichkeit der vollständigen, elektronischen Abwicklung eines Geschäfts (inkl. Bezahlung), bei dem die Bürgerin oder der Bürger nicht persönlich zu erscheinen hat, wäre sicherlich ein grosser Fortschritt. Der Gemeinderat wird deshalb die entsprechenden Abklärungen weiter vorantreiben.

Was schliesslich die Situation bei der Einwohnerkontrolle und speziell beim Bereich für ausländische Staatsangehörige anbelangt, hat der Gemeinderat die Direktion Soziales und Sicherheit beauftragt, ihm in den kommenden Monaten Bericht über mögliche Massnahmen zur Verbesserung der Kundenfreundlichkeit zu erstatten. Diese können unter Umständen und je nach Resultat der Analysen auch eine Anpassung der entsprechenden Öffnungszeiten beinhalten.

Aufgrund der obigen Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das Postulat 20120310 erheblich zu erklären.

Biel, 9. Januar 2013

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident: Erich Fehr

Die Stadtschreiberin: Barbara Labbé

Beilage: Postulat 20120310

9

Vorstoss Nr./Interv. no: 120310
Termin GR/Délai CM: 6.2.2013
Direktion/Direction: PRA
Mitbericht/Corapport: SID

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Postulat

Benutzerfreundlichere Öffnungszeiten der Verwaltung

Der Gemeinderat soll - wo nötig - die Öffnungszeiten der Ämter flexibilisieren und so anpassen, dass Bürgerinnen und Bürger nicht mehr gezwungen sind, die Amtsgeschäfte ausschliesslich während ihrer Arbeitszeiten zu erledigen.

Begründung:
Da noch kein genügender Online-Service in der Stadt Biel etabliert ist und noch kein Online-Schalter existiert, der diesen Namen verdient, müssen die Bürgerinnen und Bürger immer noch sehr häufig persönlich auf den verschiedenen Ämtern erscheinen.
Gerade das Einwohneramt im Bereich Ausländer scheint hier ein grosses Problem zu haben. Es ist nicht nachvollziehbar, dass dieses Amt von Montag bis Donnerstag nur von 9:00-11:45 und von 13:45 bis 17:00 und Freitag gar nur von 9:00 – 11:45 offen ist. Dies führt dazu, dass alle Ausländer sich während ihrer Arbeitzeit dort anstellen müssen.
Besser wäre es doch, wenn die Öffnungszeiten und dadurch halt teilweise auch die Arbeitszeiten der Ämter auf den späteren Morgen bis früheren Abend verlegt würden. Zum Beispiel anstelle von 09:00 bis 17:00 von 11:00 bis 20:00.
Bei Lösungsvorschlägen soll aber auch darauf geachtet werden, dass sie kostenneutral gestaltet werden. Das könnte man auch mit einer Verkürzung der Öffnungszeiten erreichen, nach dem Motto Qualität statt Quantität.

Biel, 20.9.2012, Grünliberale Partei

Nathan Güntensperger, glp

10

Annexe n° 5

Réponse

au postulat 20120341, Roland Gurtner, Passerelle, « Davantage de transparence dans les tarifs des émoluments »

Requête exprimée dans le postulat

Par son postulat 20120341, l'intervenant invite le Conseil municipal à examiner la possibilité d'introduire des mesures appropriées visant davantage de transparence dans les tarifs des émoluments et la facturation de ces derniers.

Prise de position du Conseil municipal

Par principe, le Conseil municipal soutient les requêtes de l'intervenant. Le Tarif des émoluments I de l'Administration municipale (RDCo 670.11) et le Tarif des émoluments II de l'Administration municipale (RDCo 670.12) ont été remaniés et actualisés en détail en 2012. Le Conseil municipal a décidé la révision du Tarif des émoluments II, en vigueur depuis le 1er avril 2012. Le Conseil de ville a décidé la révision du Tarif des émoluments I, en vigueur depuis le 1er janvier 2013. L'art. 4 du Règlement concernant la perception d'émoluments (RDCo 670.1) cité dans le présent postulat a été pris en compte lors dudit remaniement. Dans ce sens, le Conseil municipal a élaboré une évaluation différenciée des émoluments selon les principes de causalité et de couverture des frais, en veillant à ne pas réduire l'attrait de la place économique de Bienne ou encore la compétitivité des entreprises et industries implantées à Bienne. L'éventail de tarifs parfois important entre les taux minimums et maximums reflète les valeurs empiriques de longue date des différents secteurs de l'administration et la fluctuation souvent importante des coûts administratifs pour des services fournis dans un même domaine (p. ex. permis de construire). Les résultats de ces travaux figurent dans de nombreux documents dont disposait le Conseil de ville lors de sa prise de décision en novembre 2012, et où ressortaient les aspects intéressant l'intervenant.

Les services compétents fixent les émoluments au cas par cas sur la base du coût administratif de la prestation concernée, conformément aux dispositions du règlement précité, le principe de l'égalité de traitement étant garanti pour toutes les directions municipales. Certaines directions et certains départements facturant souvent des émoluments ont dressé une liste des frais survenant dans des cas concrets particuliers pour des services ou des actes administratifs déterminés. Ces listes servent de mémentos internes et, pour autant qu'elles aient été élaborées sous une forme adéquate, sont aussi distribuées à l'extérieur, rendant ainsi l'information transparente pour la population.

Il s'agit en outre de prendre en compte qu'il existe, d'une part, des prestations très schématisées, qui peuvent donc être représentées dans des barèmes de tarifs sous forme de tableaux, alors que l'on fournit, d'autre part, des prestations très spécifiques dont l'émolument doit être fixé au cas par cas. Le Conseil municipal est d'avis que cela est parfaitement correct, compte tenu des principes de causalité et de couverture des frais, tous deux de grande importance en matière d'émoluments. Il est recommandé à toute citoyenne ou tout citoyen considérant qu'un émolument facturé n'est pas compréhensible ou pas correct, de s'adresser directement au service ayant établi la facture, qui peut fournir les renseignements correspondants.

Dans certains cas, des restrictions techniques dans les systèmes informatiques ne permettent pas de détailler davantage les émoluments. Il ne serait pas rentable de remplacer de tels systèmes avant la fin de leur durée de vie uniquement pour augmenter la transparence, aussi souhaitable soit-elle. Toutefois, il va de soi que l'on tiendra autant que possible compte de tels besoins lors du remplacement de différentes applications.

Au vu de ce qui précède, le Conseil municipal propose au Conseil de ville d'adopter le postulat 20120341 et de le radier du rôle comme étant réalisé.

Bienne, le 20 février 2013

Au nom du Conseil municipal

Le maire : La chancelière municipale :

Erich Fehr Barbara Labbé

Annexe : postulat 20120341

Vorstoss Nr./Interv. no: 12034
Termin GR/Délai CM: 27.2.2013
Direktion/Direction: PRA → SH
Mitbericht/Corapport:

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

POSTULAT

Davantage de transparence dans les tarifs des émoluments

Le Conseil municipal est prié de prendre les mesures nécessaires pour que les tarifs des émoluments perçus par la ville ainsi que leur facturation soient plus transparents.

Développement

Dans les tarifs des émoluments I et II, la plupart des émoluments comportent un montant minimum et un montant maximum, avec des écarts très variables, qui vont de quelques francs à plusieurs centaines de francs (par exemple de Fr. 56.- à Fr. 2'400.- pour l'obtention de données informatiques, p. 11 du règlement II).

Le règlement « concernant la perception d'émoluments » précise, à l'art. 4, qu'il y a lieu de « fixer l'émolument dans chaque cas particulier sur la base du coût administratif de la prestation » et, le cas échéant « en fonction de son intérêt pour ladite prestation (principe d'équivalence) ». Cette disposition permet toutes sortes d'interprétations et le citoyen a parfois l'impression qu'il est taxé de manière arbitraire et injuste.

La question de l'application de cette disposition se pose. Que signifie « en fonction de son intérêt pour ladite prestation » et comment celui-ci est-il mesuré ? Qui fixe l'émolument dans chaque cas particulier et selon quels critères ?

S'il existe des règles internes au sein des différentes directions pour garantir l'égalité de traitement, le citoyen doit pouvoir les connaître à l'avance et connaître les critères précis en fonction desquels il est taxé.

De même, la facture devrait mentionner le détail des prestations fournies par la ville, de manière à ce que le client puisse comprendre les raisons ayant conduit à la fixation de l'émolument à l'intérieur de la fourchette de prix mentionnée dans le règlement.

Le 25 octobre 2012

Roland Gurtner, PASSERELLE

13

Annexe n° 6

Beantwortung

des Postulates 20120339, Salome Strobel, Fraktion SP, "Kartonentsorgung"

Im oben erwähnten Postulat wird der Gemeinderat aufgefordert, bei der Müve Biel darauf hinzuwirken, dass der Karton mit der Hausmüllabfuhr kostenlos entsorgt werden kann.

Die Müve Biel-Seeland AG hat die Aufgabe, die Siedlungsabfälle von 50 Gemeinden umweltgerecht und gesetzeskonform zu entsorgen. Bei der Verbrennung nutzt die Müve heute die gewonnene Energie. Dabei deckt sie nebst dem eigenen Energiebedarf auch den Bedarf von 2'760 Haushalten, liefert Dampf zum Betrieb der Klärschlammentwässerung und -trocknungsanlagen und betreibt ein Fernwärmenetz. Der mit dem Hausmüll angelieferte Karton wird also umweltgerecht und sinnvoll thermisch verwertet. Die Müve Biel-Seeland AG schreibt jedoch in ihren Tarifbestimmungen vor, dass für die Entsorgung von Karton genügend kostenpflichtige Vignetten zu verwenden sind. Für ein Volumen von 125 Liter (beispielsweise zusammengebündelte Kartonschachtel von 50 x 50 x 50 cm) muss 1 Vignette zum Preis von CHF 2.00 aufgeklebt werden.

Die Anlieferung der Siedlungsabfälle übersteigt mit dem aktuellen Regime zeitweise die Aufnahmekapazität der Müve, womit ein temporärer Zwischenpuffer nötig wird. Zusätzlicher Brennwert in Form von Karton ist deshalb betrieblich nicht notwendig.

Im Art. 20 des kantonalen Abfallgesetzes und im Bundesgesetz über den Umweltschutz Art. 2, wird verlangt, dass Inhaberinnen und Inhaber von Abfällen die Kosten der Entsorgung tragen (Verursacherprinzip). Eine kostenlose Entsorgung von Karton zusammen mit den Siedlungsabfällen über die Verbrennung, wie es das Postulat verlangt, widerspricht der heute gültigen Gesetzgebung.

Die im Postulat gewünschte kostenlose Entsorgung von Karton zusammen mit den übrigen kostenpflichtigen Siedlungsabfällen brächte zudem das Risiko mit sich, dass die Sortenreinheit nicht eingehalten und versucht würde, Siedlungsabfälle gratis zusammen mit dem Karton zu entsorgen.

Für die Umsetzung des Postulates, Karton mit der Hausmüllabfuhr kostenlos zu entsorgen, müsste die Stadt Biel der Müve Biel-Seeland AG einen entsprechenden Antrag stellen. Im Sinne einer Gleichbehandlung der angeschlossenen 50 Gemeinden wäre aber davon auszugehen, dass eine entsprechende Anpassung für alle angeschlossenen Gemeinden gelten müsste.

Wie im Postulat erwähnt, besteht an vier Samstagen im Jahr im Werkhof an der Portstrasse eine kostenlose Recyclingmöglichkeit. Die Sammelstelle an der Portstrasse ist zudem gut durch den öffentlichen Verkehr erschlossen. Weiter wird zur Zeit die Realisierung eines Entsorgungshofes ernsthaft geprüft, wo während 6 Tagen in der Woche gratis Karton abgegeben werden kann. Der gesammelte Wertstoff kann somit sortenrein für das Recycling einer Kartonfabrik übergeben werden und muss nicht verbrannt werden. Die mit der aktuellen Wiederverwertung garantierte Rückführung in den Stoffkreislauf bedeutet ein höherwertiges Recycling und ist damit aus ökologischer Sicht einer reinen thermischen Verwertung vorzuziehen. Neben der damit verbundenen Schonung der Ressourcen weist der angewandte Prozess auch eine finanziell positive Bilanz gegenüber einer thermischen Verwertung auf.

Zu der im Postulat aufgeführten Lösung einer gemischten Sammlung, kann wie folgt Stellung bezogen werden:

- Eine Kartonsammlung zusammen mit der heutigen Papiersammlung, wie sie aktuell in Nidau durchgeführt wird, kann aus wirtschaftlichen Überlegungen nicht in Betracht gezogen werden. Für die Mischware (Papier und Karton) könnte auf dem Rohstoffmarkt bei 3'000 Jahrestonnen der Stadt Biel rund CHF 150'000.00 weniger Erlös erwirtschaftet werden und würde die Abfallrechnung negativ beeinflussen. Bezogen auf den Stoffkreislauf ist es aus ökologischer Sicht nicht oportun, das höherwertige Papier mit dem Karton zu vermischen und damit eine entsprechende Wiederverwendung zu schmälern.

- Eine getrennte Sammlung Karton und Papier auf der gleichen Sammeltour ist leider nicht möglich, da die Sammlung mit den üblichen Kehrichtwagen durchgeführt wird und eine Trennung der Sammelgüter nicht möglich ist. Es müsste also monatlich oder vierteljährlich eine separate Sammeltour nur für Karton durchgeführt werden, was aber sehr hohe Kosten verursachen würde. Diese Kosten wären klar höher als der Erlös, der aus dem eingesammelten Karton erzielt werden könnte. Auch bei einer solchen Variante würde die Abfallrechnung negativ beeinflusst.

Diese Ausführungen führen zur Schlussfolgerung, dass eine Gratisentsorgung von Karton zusammen mit den üblichen Siedlungsabfällen gegen die Gesetzesbestimmungen von Bund und Kanton verstossen würde (Verletzung des Verursacherprinzips), und dass sowohl das "Nidauer Modell" (gemischte Sammlung von Karton und Papier), wie auch die Variante einer Separatsammlung von Karton, zu einer erheblichen Belastung der Abfallrechnung führen würden und deshalb nicht in Betracht gezogen werden können.

Hingegen weist der Gemeinderat darauf hin, dass die Realisierung eines Entsorgungshofes momentan ernsthaft geplant wird. Mit einer solchen Lösung kann fortan Karton nicht nur vierteljährlich wie heute, sondern täglich abgeliefert werden.

Auf Grund dieser Ausführungen empfiehlt der Gemeinderat dem Stadtrat, das Postulat 20120339 nicht erheblich zu erklären.

Biel, 27. Februar 2013

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:
Erich Fehr

Die Stadtschreiberin:
Barbara Labbé

Beilage: Postulat 20120339

Vorstoss Nr./Interv. no: 120339
Termin GR/Délai CM: 27.2.2013
Direktion/Direction: BEU
Mitbericht/Corapport:

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Postulat

Kartonentsorgung

Der Gemeinderat wird beauftragt bei der MÜVE darauf hin zu wirken, dass Karton (separat gebündelt und bereit gestellt) mit der Hausmüllabfuhr kostenlos entsorgt wird.

Begründung:

In Biel ist es, anders als in Nidau nicht erlaubt, den Karton mit dem Altpapier zu entsorgen. Stattdessen kann in Biel an vier Sammeltagen pro Jahr, Karton gratis beim Werkhof abgegeben werden und dieser wird danach recycliert.

Diese Sammeltage führen im Bereich Kreuzplatz bis Port regelmässig zu Stau. Für Bewohnerinnen und Bewohner Autofreier Haushalte ist die Anlieferung sehr umständlich, **wenn nicht gar unmöglich. So muss zB von Bözingen her eine sehr lange Busfahrt** eingeplant werden, die sich mit Kartonbündeln im Gepäck zusätzlich schwierig gestaltet!

Da die MÜVE den Karton als Brennstoff schätzt und die aus der Verbrennung resultierende Abwärme auch genutzt wird, erscheint es mir sinnvoll, den Karton gratis mit der Müllabfuhr zu entsorgen.

Damit wird dem enormen Verkehrsaufkommen an Sammeltagen entgegengewirkt.

Biel, 24.10.2012

Fraktion SP

Salome Strobel

Annexe n° 7

Réponse

à l'interpellation urgente 20130036, Pascal Bord, groupe UDC/Les Confédérés, «Stade de Glace: collaboration avec Swiss Tennis»

Requête de l'interpellation urgente

L'auteur de l'interpellation part du principe qu'il faut assurer un taux d'occupation maximal des nouveaux «Stades de Bienne» pour rentabiliser les installations. Le Conseil municipal répond comme suit aux questions y relatives:

1. **Selon certaines sources non officielles, Swiss Tennis serait intéressé de pouvoir organiser des tournois internationaux tels que la Coupe Davis ou des tournois ATP dans les nouveaux stades. La Ville de Bienne a-t-elle pris contact avec Swiss Tennis à ce sujet, afin de connaître les conditions nécessaires pour répondre aux exigences techniques et va-t-elle, le cas échéant, en tenir compte pour le projet ?**

   Le délégué à l'économie a pris contact avec les responsables de Swiss Tennis une première fois en 2009, puis une deuxième fois au printemps 2011, afin de déterminer les exigences infrastructurelles pour que des tournois internationaux puissent avoir lieu dans les nouveaux «Stades de Bienne». Dans sa lettre du 28 février 2012, Swiss Tennis a répondu à une clarification des prestations par la Ville de Bienne (lettre du 21 février 2012) et confirmé que les exigences techniques peuvent être respectées et que les stades pourront accueillir des matchs à domicile de l'équipe nationale dans le cadre de la Coupe Davis et de la Fed Cup. L'association se réjouit de pouvoir organiser de tels matchs aux «Stades de Bienne» lorsque la construction sera achevée.

2. **Le Ville de Bienne est-elle active pour gagner le centre de compétence Suisse pour le Curling ?**

   De manière générale, le Conseil municipal est favorable à l'idée que de grands événements sportifs aient lieu à Bienne à l'avenir (notamment au Stade de glace multifonctionnel) et que de nouvelles associations choisissent Bienne comme centre d'entraînement ainsi que pour établir des centres de performances.

   Il y a déjà eu des échanges entre SWISSCURLING, le Curling Club Biel Bienne et le Service des sports («Sport–Culture–Études»). Actuellement, le centre de performances national se trouve à Berne. Pour l'instant, il n'existe aucun centre de performances régional, mais de tels centres devraient être développés dans un avenir proche. Auparavant, il faudra toutefois que SWISSCURLING revoie le concept du sport de performance de Swiss Olympic. Dans ce contexte, l'association considère qu'il est réaliste de renforcer le site de Bienne à court terme du fait de la proximité de l'OFSPO à Macolin et des sites d'entraînement potentiels pour les athlètes de l'ER pour sportifs d'élite. A l'heure actuelle, selon les informations dont dispose le Conseil municipal, l'association SWISSCURLING ne peut pas encore estimer si un centre de performances régional ou national doit être créé à Bienne. Au vu des décisions qui devront être prises, les échanges entre le Service des sports, SWISSCURLING et le Curling Club Biel Bienne vont s'intensifier dans les mois à venir.

Bienne, le 6 mars 2013

Au nom du Conseil municipal

Le maire: Erich Fehr

Le vice-chancelier: Julien Steiner

Annexe: interpellation urgente 20130036

17

Stade de Glace : collaboration

Morstoss Nr./Interv. no.: Tennis 20130036
Termin CR/Délai CM: 6.3.13
Direktion/Direction: PRA
Mitbericht/Corapport: BKS

Interpellation urgente

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Un stade de glace sera enfin construit pour plusieurs millions.

Il faut tout mettre en œuvre pour assurer un taux d'occupation maximal des installations. Il est important t'utiliser toutes les opportunités de rentabilisation des installations.

Swisstennis a son siège à Bienne, et serait intéressé, selon certaines sources non officielles, de pouvoir y organiser des tournois internationaux tel que la Coupe Davis ou des tournois ATP. De tels matchs seraient de durables et efficaces vecteurs d'amélioration de l'attractivité de la Ville de Bienne. Swiss Tennis part chaque année à la recherche d'infrastructures rares, car devant répondre à un cahier des charges très précis.

La Ville de Bienne a-t-elle pris contact avec Swiss Tennis à ce sujet afin de connaître les conditions nécessaires pour répondre aux exigences techniques? Même si elles n'ont pas été considérée dans le cadre du projet, il conviendrait d'en tenir compte, il est encore temps.

La Ville de Bienne est-elle active pour gagner le centre de compétence Suisse pour le Curling. Il convient de ne pas renouveler l'expérience malheureuse du centre de compétence de hockey.

Le Conseil Municipal ne peut se permettre de manquer de telles opportunités qui seraient un excellent outil de relation publique pour Bienne, notre ville.

Cette interpellation a un caractère urgent, car la construction va bientôt commencer.

Fraktion: SVP / Die Eidgenossen 17.1.13

Pascal Bord

Adrian Dillo

Sandra Schneider

Joel Henzi

Annexe n° 8

Réponse

à l'interpellation urgente 20130037, Claire Magnin, Les Verts Bienne, «Conséquences pour la Ville de Bienne des économies décidées par le Canton»

L'interpellation soulève une série de questions portant sur les conséquences pour la Ville de Bienne des économies de 47 millions de fr. décidées par le Canton.

1. Quelles seront les conséquences de ces économies sur le budget 2014 concernant: les structures extrascolaires, le travail social scolaire, le soutien au CAJ et au Centre de quartier du Petit-Marais et les mesures d'insertion professionnelle ?

Structures extrascolaires: le Canton a réduit les moyens des écoles à journée continue non pas réellement, mais seulement par rapport à sa planification financière étant donné que la croissance s'est avérée moins importante que prévu. Une clause de la législation cantonale sur l'école obligatoire pourrait permettre au Canton de réduire le financement des écoles à journée continue. Du fait de la croissance encore plus faible et des réserves en résultant, on ne s'attend pas à ce que cette clause soit mise en application. La Ville part du principe que les écoles à journée continue ne seront de fait pas touchées par les mesures d'économie.

Travail social scolaire: à partir de l'été 2013, le Canton participera aux frais de personnel du travail social scolaire uniquement à hauteur de 10 % au lieu des 30 % attendus initialement. Les conséquences de cette réduction pour la Ville dépendent de l'organisation future du travail social scolaire (voir également la réponse à la question 4).

Soutien au CAJ et au Centre de quartier du Petit-Marais: depuis 2013, les subventions accordées au CAJ et au Centre de quartier du Petit-Marais ne peuvent plus être versées par le biais de la compensation des charges. Or, celle-ci permettait jusqu'alors de couvrir 80 % des subventions d'exploitation des centres communautaires. Le 29 janvier 2013, le Conseil municipal a fait opposition à la décision de la Direction de la santé publique et de la prévoyance sociale du Canton. La Ville a passé un accord sur les prestations avec le CAJ valable jusqu'à la fin 2013 et selon lequel elle devrait assumer l'ensemble des subventions d'exploitation. En ce qui concerne le Centre de quartier du Petit-Marais, la Ville cherche une solution pour 2013 de concert avec les responsables de l'association de quartier, afin de poursuivre l'exploitation du centre.

Mesures d'insertion professionnelle: les programmes d'occupation et d'insertion proposées dans le cadre de l'aide sociale (POIAS) pour lesquels le Canton a effectué une coupe linéaire de 1,5 % sont particulièrement touchées. Cela correspond pour la Ville de Bienne à une coupe d'un montant d'environ 51'500 fr..

2. Comment la Ville va-t-elle répondre aux besoins croissants de places dans les structures extrascolaires ?

Les capacités des écoles à journée continue sont constamment élargies pour répondre à la demande croissante. La Ville de Bienne est tenue de proposer une offre répondant à la demande. Les possibilités d'extension sont limitées en raison de la taille des locaux à disposition. Par conséquent, une solution permettant une extension à l'intérieur des locaux existants est recherchée pour chaque site. L'école à journée continue des Prés Walker fera l'objet d'une extension jusqu'à l'été 2014. Le 21 février 2013, le Conseil de ville a approuvé le crédit correspondant. Une utilisation accrue des salles de classe de l'école pour des activités des écoles à journée continue permettra de créer des capacités supplémentaires.

3. Comment le Conseil municipal compte-t-il poursuivre l'exploitation de centres communautaires et de quartiers, en particulier pour les jeunes ?

Les centres de jeunesse et les InfoQuartiers de la Ville de Bienne ne sont pas directement touchés par les mesures d'économie du Canton. L'animation socioculturelle en milieu ouvert pour les enfants et les jeunes à Bienne est ciblée sur les quartiers, ce qui n'a pour l'instant pas été remis en question par le Canton. En ce qui concerne le financement futur des centres de quartier et des centres communautaires (y compris le CAJ et le Centre de quartier du Petit-Marais), différentes possibilités doivent être examinées en collaboration avec la Direction cantonale de la santé publique et de la prévoyance sociale.

4. Comment le Conseil municipal prévoit-il de poursuivre le travail social scolaire ?

Le travail social scolaire pour le cycle secondaire sera poursuivi sans changement. Au vu des bons résultats, le projet-pilote de cinq ans du travail social scolaire réalisé au niveau du cycle primaire devra si possible être transformé en une solution à durée indéterminée à partir de l'été 2013. Il faut pour cela réussir à concilier le besoin incontesté de travail social scolaire et les conditions-cadre financières, d'une part, et les directives cantonales, d'autre part.

5. Quelles seront les répercussions de ces économies sur les comptes 2013 de la Ville de Bienne ?

En retardant le renforcement prévu du travail social scolaire au cycle primaire et en diminuant son ampleur, il est possible de compenser les effets des économies décidées en matière de travail social scolaire. Si l'opposition de la Ville de Bienne est rejetée, la suppression de la subvention de 24'934 fr. accordée au Centre de quartier du Petit-Marais pourrait être compensée au détriment d'autres activités du Service Jeunesse + Loisirs. L'éventuelle couverture de la subvention de 103'895 fr. destinée au CAJ est encore incertaine. Aucune autre conséquence financière n'est attendue pour l'exercice 2013. En ce qui concerne l'exercice 2014, différentes possibilités de financement tenant compte du cadre budgétaire de la Ville de Bienne sont en train d'être clarifiées avec les organes cantonaux.

Bienne, le 6 mars 2013

Au nom du Conseil municipal

Le maire: La chancelière municipale:

Erich Fehr Barbara Labbé

Annexe: interpellation urgente 20130037

Vorstoss Nr./Interv. no: 20130037
Termin SR/Délai CM: 6.3.13
Direktion/Direction: BKS
Mitbericht/Corapport: FID

Interpellation urgente :

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Conséquences pour la ville de Bienne des économies décidées par le Canton :

Le Grand conseil bernois a décidé d'économiser 47 millions de francs au budget 2013. Ces économies auront des conséquences directes ou indirectes sur les finances et les prestations des villes. Pour la ville de Bienne le domaine social est particulièrement concerné. Le conseil municipal est prié de répondre aux questions suivantes :

1. Quelles seront les conséquences de ces économies sur le budget 2014 concernant : les structures extrascolaires, le travail social scolaire, le soutien au CAJ et au centre de quartier du Moesli , les mesures d'occupation?
2. Comment la ville va-t-elle répondre aux besoins croissants de places dans les structures extrascolaires ?
3. Comment le conseil municipal compte t'il poursuivre l'exploitation de centres communautaires et de quartiers en particuliers pour les jeunes?
4. **Comment le conseil municipal prévoit-il de poursuivre le travail social scolaire ?**
5. Quelles seront les répercussions de ces économies sur les comptes 2013 de la ville de Bienne ?

Claire Magnin
Les Verts Biel-Bienne
17.1.2013

21

Annexe n°9

Beantwortung

der Interpellation 20120309, Fritz Freuler, Grüne Biel, "Verkehrsbetriebe Biel: Sozialpartnerschaft und Personalführung werfen Fragen auf"

Der Interpellant stellt dem Gemeinderat Fragen zur Mitarbeiterbefragung bei den Verkehrsbetrieben Biel (VB) aus dem Jahr 2010 und zu kürzlichen Vorkommnissen bei den VB, die der Gemeinderat aus den nachstehend dargelegten Gründen nur teilweise beantworten kann.

Einleitung

In Art. 9 des Reglements über die Gründung des selbständigen Gemeindeunternehmens Verkehrsbetriebe (nachfolgend VB-Reglement genannt; SGR 764.0) wird dem Verwaltungsrat die Kompetenz zur Bestimmung der Unternehmenspolitik und der strategischen Entscheide zugewiesen. Art. 10 weist die Verantwortung für die Geschäftsführung dem Geschäftsführer zu. Die Hauptaufgaben der Geschäftsleitung bestehen in der Führung des operativen Geschäftes der Unternehmung sowie in der Umsetzung aller notwendigen Massnahmen zur Erfüllung des Leistungsauftrages. Insbesondere sind auch alle notwendigen Reglemente und Dienstanweisungen von der Geschäftsleitung zu erlassen. Gemäss Art. 12 beaufsichtigt der Gemeinderat die Verkehrsbetriebe. Er erteilt insbesondere Weisungen, wenn die Verkehrsbetriebe den ihr erteilten Leistungsauftrag überschreiten oder in anderer Weise nicht oder schlecht erfüllen. Die Jahresrechnung, inklusive Revisionsstellenbericht sowie der Geschäftsbericht sind dem Gemeinderat jeweils zur Genehmigung zu unterbreiten. Die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht sind dem Stadtrat zur Kenntnis zu bringen.

Diese Ausführungen legen dar, dass mit der Auslagerung der Verkehrsbetriebe in eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt eine klare Zuweisung der Kompetenzen und Verantwortlichkeiten zwischen den Gemeindeorganen einerseits, dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung der Verkehrsbetriebe andererseits angestrebt wurde. Der Gemeinderat verfügt lediglich über eine sogenannte Verbandsaufsicht und nicht über eine Dienstaufsicht. Nur so kann im Übrigen auch sichergestellt werden, dass die kompetenten Organe und Personen ihre unternehmerische Pflicht einerseits und die damit verbundenen Verantwortlichkeiten andererseits voll wahrnehmen können. Kompetenzen und Verantwortlichkeiten für die sie im Falle eines Falles dann auch einzustehen haben. Der Gemeinderat hat dann aufsichtsrechtlich einzuschreiten oder Weisungen zu erlassen, wenn die Verkehrsbetriebe den erteilten Leistungsauftrag überschreiten oder in anderer Weise nicht oder schlecht erfüllen würden. In die operative Geschäftsführung einzugreifen steht nicht in der Kompetenz des Gemeinderates.

Der Gemeinderat kann die Fragen des Interpellanten wie folgt beantworten:

1. *Kennt der Gemeinderat die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung? Und wenn ja, wie hat der Gemeinderat auf die Auswertung der Mitarbeiterumfrage von 2010 reagiert?*

   Ja, der Gemeinderat und der Stadtrat wurden im Rahmen der Geschäftsberichte 2010 und 2011 über die Mitarbeitendenbefragung informiert. Es ist dies der im Gründungsreglement vorgesehene Weg der Berichterstattung. Der Ergebnisbericht des mandatierten

Experten wurde demgegenüber lediglich intern dem Verwaltungsrat unterbreitet. Zwei Mitglieder des Gemeinderates haben Einsitz im Verwaltungsrat der VB. Es ist jeoch – aus den dargelegten Gründen – nicht Sache des Gemeinderates, darauf zu reagieren.

Immerhin legt der Gemeinderat – nicht zuletzt mit Blick auf die einseitig negative Berichterstattung in einem Teil der lokalen Medien Ende September 2012 – Wert auf die Feststellung, dass im repräsentativen Ergebnis das Gesamtbild „recht positiv" ausgefallen ist. Die Gesamtzufriedenheit der Mitarbeitenden der Verkehrsbetriebe beträgt auf einer Zehnerskala im Durchschnitt 7,23 und kann im Vergleich zu anderen Firmen als „recht gut" bezeichnet werden. Sie ist laut Ergebnisbericht des mandatierten Experten „weder besonders hoch, noch ist sie aussergewöhnlich tief". Hervorzuheben ist auch die „recht hohe Verbundenheit" mit den VB. Ungefähr zwei Drittel der Befragten würden die VB wieder als Arbeitgeber wählen, empfehlen die VB als Arbeitgeber gerne weiter, sind stolz für diese Organisation zu arbeiten und glauben an die Zukunft der VB. Die Absicht der Mitarbeitenden der VB bei ihrem Arbeitgeber zu bleiben ist sogar „sehr hoch". Zudem beurteilen die Mitarbeitenden der VB das Verhalten ihrer Vorgesetzten insgesamt immerhin als „mittel bis gut. Der Zugang zu den Vorgesetzten ist gut und sie werden auch mehrheitlich als fair beschrieben". Schliesslich gestattet sich der Gemeinderat, darauf hinzuweisen, dass als grösste Belastungen vom Fahrdienstpersonal „rücksichtslose Verkehrsteilnehmer, viele Baustellen, zu knapp bemessene Fahrzeiten in Stosszeiten und mangelnder Respekt der Fahrgäste" genannt werden.

2. *Welche Schritte und Massnahmen wurden eingeleitet, um das Vertrauensverhältnis zwischen den Angestellten und der Betriebsleitung zu verbessern?*

Im Anschluss an die Befragung hat die Geschäftsleitung der VB zusammen mit zwei Arbeitsgruppen – eine bereichsübergreifend und eine aus Fahrdienstmitarbeitenden zusammengestellt – die problematischen Themen vertieft analysiert und einen Massnahmenkatalog erarbeitet. In der Folge wurden Massnahmen, die das Wohlbefinden und die Gesundheit betreffen, direkt umgesetzt (unter anderen Einrichtung eines Ruheraums mit zwei Ruhesesseln, Wechsel der Reinigungsinstitute und Intensivierung der Reinigungsintervalle in den Gebäuden und Dienst-WC's, Busreinigung nach den Stosszeiten in Zusammenarbeit mit dem Landschaftswerk Biel-Seeland, Gratisabgabe von Früchten, Anschaffung eines neuen grösseren Verpflegungsautomaten mit erweitertem Produktsortiment, Organisation eines Kurses zum Thema Gesundheit und Entspannung). Gleichzeitig wurden Massnahmen zur Stärkung der Führung angegangen. In einem ersten Schritt wurde mit dem externen Experten (für Arbeitspsychologie und Organisationsentwicklung) eine Standortbestimmung auf Stufe Geschäftsleitung durchgeführt. Damit wurde die Zusammenarbeit innerhalb der Geschäftsleitung analysiert. In einem zweiten Schritt wurde die Zusammenarbeit der einzelnen Geschäftsleitungsmitglieder mit ihren direkt unterstellten Mitarbeitenden analysiert und in einem dritten Schritt wurde die Analyse im Bereich Betrieb um eine weitere Hierarchiestufe ausgedehnt.

Folgende Projekte mit Bezug zur Organisation sind noch in Bearbeitung:
- Organisation der Geschäftsleitung als Kollektivgremium,
- Neue Aufbauorganisation im Betrieb,
- Reorganisation Technik im Zusammenhang mit der Integration FUNIC und Nachfolgeplanung des Leiters Technik,
- Zusätzliche Ressourcen im HR- Bereich gemeinsam mit der Stadt Biel.

Hinzu kommen Massnahmen auf individueller Ebene wie persönliche Coachings und Weiterbildungen zur Verbesserung der Führungskompetenz.

Die Mitarbeitenden wurden laufend transparent über den Massnahmenkatalog und dessen Stand der Umsetzung informiert.

3. *Wie wird die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften wahrgenommen?*

Die Verkehrsbetriebe Biel schauen seit ihrer Ausgliederung im Jahre 2001 auf eine langjährige gute Sozialpartnerschaft zurück, die in der Tradition des öffentlichen Verkehrs auch sehr wichtig und breit verankert ist. Die Direktion trifft sich regelmässig, das heisst drei- bis viermal pro Jahr, mit einer Delegation des vpod zum Erfahrungs- und Meinungsaustausch über allgemeine Fragen des öffentlichen Verkehrs und zur Behandlung spezifisch betrieblicher Fragen (wie etwa Dienstpläne, Fahrpläne, Dienstkleider, Verkehrsfragen) wie auch zur Verhandlung von Gegenständen, die Inhalt des Firmen-Gesamtarbeitsvertrags bilden.

Im Übrigen hat der Verwaltungsrat der Verkehrsbetriebe bis heute keine Klagen von Gewerkschaften über allfällige Probleme im Rahmen ihrer Tätigkeiten erhalten.

Aufgrund der vorliegenden Interpellation und dem medialen Echo, welches diese auslöste, wurde auf Veranlassung des Verwaltungsratspräsidenten der Verkehrsbetriebe ein Treffen mit dem VPOD vereinbart, um den Dialog zwischen den Sozialpartnern zu verstärken.

Aus den eingangs dargelegten Gründen ist es aber nicht Sache des Gemeinderates, zu dieser Frage noch detaillierter Stellung zu nehmen.

4. *Und entspricht die Verhaltensweise der Betriebsleitung der VB gegenüber dem Personal den personalpolitischen Ansprüchen des Gemeinderates?*

Der Gemeiderat verfügt über keine Dienstaufsicht über die Verkehrsbetriebe und greift weder in die operative Geschäftsführung, noch in die vorgegebene Kompetenzenregelung ein. Vorliegendenfalls geht es nicht um eine Frage, ob die Verkehrsbetriebe den erteilten Leistungsauftrag überschreiten oder in anderer Weise nicht oder schlecht erfüllen würden. Folglich kann der Gemeinderat nicht auf diese Frage eintreten.

Biel, 7. Dezember 2012

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident: Die Stadtschreiberin:

Erich Fehr Barbara Labbé

Beilage:
- Interpellation 20120309

24

Vorstoss Nr./Interv. no: 120309
Termin GR/Délai CM: 7.12.2012
Direktion/Direction: BAU
Mitbericht/Corapport:

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Interpellation

Verkehrsbetrieben Biel: Sozialpartnerschaft und Personalführung wirft Fragen auf

Laut dem Geschäftsbericht der VB Biel wurde 2010 eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt. Aufgrund der Auswertung dieser Mitarbeiterbefragung wurde u.a. ein mangelndes Vertrauen zwischen dem Personal und der Geschäftsleitung analysiert und bedauert.

In den letzten Monaten habe ich erneut Klagen von Angestellten der VB Biel erhalten. Dabei ging es um Ungleichbehandlung und sogar um eine Vereinbarung, die zwingendes Recht hätte ausbedingen sollen. Auf einzelne Mitarbeitende wurde offenbar auch Druck ausgeübt, weil sie ihre Interessen durch die Gewerkschaft vpod vertreten lassen.

Es stellen sich daher folgende Fragen:

1. Kennt der Gemeinderat die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung? Und wenn ja, wie hat der Gemeinderat auf die Auswertung der Mitarbeiterumfrage von 2010 reagiert?
2. Welche Schritte und Massnahmen wurden eingeleitet, um das Vertrauensverhältnis zwischen den Angestellten und der Betriebsleitung zu verbessern?
3. Wie wird die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften wahrgenommen?
4. Und entspricht die Verhaltensweise der Betriebsleitung der VB gegenüber dem Personal den personalpolitischen Ansprüchen des Gemeinderats?

Begründung

Die Interpellation ist mit der Einleitung zu den konkreten Fragen begründet.

Biel, 19.9.2012

Fritz Freuler, Grüne

Annexe n° 10

Réponse

à l'Interpellation 20120258, Béatrice Sermet-Nicolet, PSR, «Le processus d'intégration mis en œuvre à Bienne, un bel exemple?»

L'intervenante pose plusieurs questions au Conseil municipal concernant la politique d'intégration des étrangers. Le Conseil municipal y répond comme suit:

1. Quelles sont les facettes de la politique d'intégration établie à Bienne ? Quels accents ont-ils été privilégiés ?

   La politique d'intégration couvre le domaine scolaire, par des mesures de soutien appropriées. Concernant la société civile, et comme le dit l'intervenante dans son introduction, on a privilégié différents types d'actions, qui visent à sensibiliser la population immigrée et la population suisse à la nécessité d'une cohabitation harmonieuse et aux moyens de la promouvoir. Cela passe par les cours de langue, les rencontres informatives et autres manifestations de sensibilisation, tel le Tour de ville. À ce titre, il faut aussi mentionner l'éducation précoce, qui s'adresse aux enfants et à leurs parents. Multimondo est un centre de compétences, au sens des directives fédérales. Il est au bénéfice d'une convention de prestations de la Ville de Bienne et prodigue conseils et informations. Le Service spécialisé de l'intégration coordonne et donne des impulsions, à l'interne comme à l'externe de l'Administration municipale. Enfin, la Commission municipale de l'intégration est un forum composé de Suisses et d'étrangers qui échangent des informations sur les thèmes les plus divers.

2. Quelles collaborations peut-on attendre (entre ville et région / entre ville et canton / entre la ville et les différents services spécialisés) ?

   Il n'y a pas de collaboration régionale en matière d'intégration des étrangers. Le financement fédéral (par le canal cantonal) de Multimondo implique que des personnes domiciliées dans d'autres communes aient accès à ses services. Les activités dans le domaine de l'intégration de la population étrangère font l'objet d'un consensus avec le Canton et la Confédération. Un financement mixte est souvent possible. Il existe en outre, sur le plan interne à l'Administration municipale biennoise, un comité de l'intégration, qui coordonne l'action des différentes directions dans ce domaine.

3. Peut-on envisager de créer une plate-forme commune réunissant différents partenaires ou services spécialisés liés à la question de l'intégration afin que les informations générales, les offres, les projets, les expériences et les réalisations puissent être communiquées à tous ces milieux concernés, voire partagés ?

   Le Service spécialisé de l'intégration assure ce rôle de plaque tournante.

4. Sachant que l'école et les structures d'accueil extrascolaires sont des moments et des lieux propices à l'intégration, quelles mesures sont prises afin que ce processus soit favorisé et développé ?

   L'école publique et les structures extrascolaires sont intrinsèquement intégratives. Des mesures supplémentaires sont prises pour pallier le manque de compétences linguistiques au début de l'école obligatoire. Ce sont aussi les mesures d'appui au corps enseignant, qui doit faire face à des situations potentiellement difficiles, en raison du nombre élevé d'élèves allophones à l'école enfantine. Les cours de langue et culture

d'origine sont favorisés (par la mise à disposition de locaux). On intervient aussi par la mise à disposition d'interprètes interculturels, comme d'ailleurs dans le domaine social.

5. Quelles conclusions la Ville de Bienne peut tirer du rapport publié par la Direction de la l'instruction publique du Canton de Berne (par la section germanophone de la formation et de l'évaluation) publié en mars 2012 concernant la mise en œuvre de l'art. 17 LEO ?

   L'art. 17 LEO ne concerne pas spécifiquement les élèves issus de la migration, mais tous les élèves connaissant des difficultés scolaires particulières. Alors que, par le passé, on palliait ces difficultés en dispensant un enseignement spécialisé dans des classes séparées, ce n'est plus qu'exceptionnellement le cas aujourd'hui. Le corps enseignant a dû faire face, à ce propos, à un défi énorme, aidé par des mesures de soutien considérées comme insuffisantes à Bienne. L'évaluation cantonale à laquelle l'intervenante fait allusion vaut aussi pour la situation à Bienne. L'intégration des allophones n'y est mentionnée que marginalement.

6. Quels moyens la Ville de Bienne envisage-t-elle de mettre en œuvre pour promouvoir sa politique visant à favoriser le processus d'intégration ?

   L'adoption d'une Loi sur l'intégration par le Canton de Berne, et de son ordonnance d'application, constitue le prochain défi pour la mise en œuvre d'une politique d'intégration. Elle devrait entrer en vigueur en janvier 2014. Dès que le poste de délégué/e à l'intégration aura été repourvu, il faudra travailler à son application à Bienne. Les moyens à disposition dépendront toujours de la situation financière générale et de la volonté politique des autorités municipales.

Bienne, le 23 novembre 2012

Au nom du Conseil municipal

Le maire: Le vice-chancelier:

Erich Fehr Julien Steiner

Annexe:
- Interpellation 20120258

Vorstoss Nr./Interv. no. 12.258
Termin GR./Délai CM: 23.11.12
Direktion/Direction: BSK
Mitbericht/Corapport:

PSR Interpellation

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Le processus d'intégration mis en œuvre à Bienne, un bel exemple ?

Les pistes pour permettre à toutes les personnes vivant à Bienne d'y trouver leur place au sein de la population de la ville sont multiples. Citons la vie associative, les institutions de conseil et de soutien (Multimondo), une offre de programmes divers (p. ex. cours de langues, FemmeTISCHE, Schritt-Weise, etc.), une offre culturelle diversifiée (p. ex. le Parcours culturel) ou encore l'école (p. ex. le concept d'encouragement précoce). Cette liste n'est pas exhaustive, bien entendu. L'intégration concerne chacune et chacun qu'il/elle soit d'ici ou d'ailleurs, une question abordée fréquemment, parfois de manière positive, mais souvent de manière à mettre en évidence les difficultés rencontrées. Sachant qu'il s'agit surtout d'un long processus, il est important de prévoir une politique sociale d'intégration à moyen terme. Nous prions donc le Conseil municipal de répondre aux questions suivantes :

- Quels sont les facettes de la politique d'intégration établie à Bienne ? Quels accents ont-ils été privilégiés ?
- Quelles collaborations peut-on attendre (entre ville et région / entre ville et canton / entre la ville et les différents services spécialisés) ?
- Peut-on envisager de créer une plate-forme commune réunissant différents partenaires ou services spécialisés liés à la question de l'intégration afin que les informations générales, les offres, les projets, les expériences ou les réalisations puissent être communiquées à tous ces milieux concernés voire partagés ?
- Sachant que l'école et les structures d'accueil extra-scolaires sont des moments et des lieux propices à l'intégration, quelles mesures sont prises afin que ce processus soit favorisés et développé ?
- Quelles conclusions la ville de Bienne peut tirer du rapport publié par la Direction de l'instruction publique du canton de Berne (par la section germanophone de la formation et de l'évaluation) publié mars 2012 concernant la mise en œuvre de l'article 17 de la LEO?
- Quels moyens, la ville de Bienne envisage-t-elle de mettre en œuvre pour promouvoir sa politique visant à favoriser les processus d'intégration ?

Bienne, le 27 juin 2012

Béatrice Sermet-Nicolet, PSR